

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Juli / August 2026



BLICK AUF DIE EPSTEIN-AKTEN

Die politische und geistliche Dimension eines Jahrhundertkandals, der lange zu Unrecht als «Verschwörungstheorie» verharmlost wurde.

Seiten 6–7

EDK WILL IRRWEG NICHT ERKENNEN

Das Leistungsniveau der Schweizer Volksschule ist bedenklich tief und sinkt seit Jahren.

Seite 9

KANTON BERN

- Bericht Sommersession des Grossen Rates
- Stelleninserat Geschäftsführer(in) EDU Kanton Bern (40% – 60%)
- Beten bewegt!

KANTONALTEIL

Wort des Monats

«FRIEDE IST ALLWEG IN GOTT, DENN GOTT IST DER FRIEDE.»

Niklaus von Flüe (Bruder Klaus)



EINLADUNG

Neugründung der EDU Kanton Schwyz



Wir freuen uns, Sie zur Neugründung der EDU-Schwyz einzuladen.

Datum **Donnerstag, 3. September 2026**
Ort **Restaurant Ochsen, Hauptstrasse 11, 6418 Rothenthurm**

Programm

Ab 19:00 Uhr Einlass, Begrüssung / Kaffeerunde/Getränke
Ab 19:30 Uhr Musikalische Einlage Kleininformation Jodlerclub Brunnen
Ab 19:45 Uhr Vortrag Erich Vontobel, Nationalrat EDU Zürich
Ca. 20:15 Uhr Gründungsakt der neuen EDU-Schwyz

Zum anschliessenden Apéro sind alle herzlich eingeladen!

Wir freuen uns sehr auf diesen wichtigen Abend und heissen Sie schon bald in Rothenthurm willkommen!

Für die EDU Schweiz

Daniel Frischknecht, EDU-Präsident Schweiz Hans-Jörg Höpli, Sektionsverantwortlicher

Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?
EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

«Darf ich für Dich beten?»

Liebe Leserinnen und Leser



Am 14. Juni war ein wichtiger Abstimmungssonntag. Viel wurde geschrieben, viel geredet und viel gemutmasst... Wir haben leidenschaftlich gekämpft und dann kam das Resultat, das enttäuschte, erleichterte oder glücklich machte. Persönlich war ich dankbar, den Sonntag mit meiner Familie zu verbringen und die Resultate aus der Ferne zu verfolgen. Ich muss mich also nicht über den Erfolg oder über das Resultat definieren. Ich darf das alles ablegen.

Im Gottesdienst an diesem Sonntag ging es um «Leidenschaft für Verlorene». Matthias Kuhn (Kuno) illustrierte leidenschaftlich, mit vielen praktischen Beispielen aus seinem Leben, worauf es ankommt: Zeit in Menschen zu investieren, Gastfreundschaft, nachzufragen, zu helfen bei praktischen Arbeiten, offene Türen für Nachbarn zu haben, da zu sein, wenn es dem Nächsten nicht gerade rund läuft. Das alles ist machbar, aber noch nichts Besonderes. Dabei jedoch auf Jesus hinzuweisen, auf seine Liebe, auf seine Vergebung und auf sein Eingreifen in vielen Situationen, auf seine heilende Kraft – das ist das Besondere.

«Darf ich für dich beten?» Wohl ein tragbares Risiko, diese Frage zu stellen. Trotzdem stelle ich fest, dass es Mut braucht. Ich wurde ermutigt, mutiger zu werden. Werden wir zu Menschen des Friedens. Was bedeutet das? Zuhören, Fragen stellen, Interesse bekunden, also Frieden aussprechen, der bleibt. Gemeinschaft pflegen, zu spüren, dass Leute gerne mit uns zusammen sind. Oft kommt dann der Gedanke, ich kann doch nicht gut reden, ich bin ein schlechter Gastgeber, ich bin doch kein Missionar – wir haben ja einen Pfarrer oder ein zuständiges Team. Es kommen weitere Frage auf; was hat Gott gesprochen? Wie setze ich dies um? Wer hilft mir dabei? Wem erzähle ich das weiter? Ich war echt herausgefordert. Wo fange ich an?

Die Antwort ist, bei meinem Nächsten, bei meinen Nachbarn, bei meinem Umfeld. Echt ermutigt und motiviert, durfte ich bei voll besetztem Tisch ein wunderbares Mittagessen geniessen. Ich wünsche Euch allen gute Begegnungen und mutige Gespräche, und natürlich einen guten Sommer.

Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Aktueller Podcast:



Sendung mit : Sendung mit Maonsour:
www.youtube.com/@eduschweiz6697



Jederzeit Strom für alle

In der Sommersession des Eidgenössischen Parlaments haben wir über die sog. «Blackout-Initiative» debattiert. Ein Gegenvorschlag will das mit der «Energiewende» vor einigen Jahren beschlossene AKW-Neuauverbote wieder aufheben.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Wir erinnern uns: Am 6. Januar 2026 wurde in Südwest-Berlin per Sabotageakt von Umwelt-Aktivisten das Stromnetz lahmgelegt. 45'000 Haushalte waren während mehreren Tagen ohne Strom und dies bei kalten Wetterbedingungen. Persönlich erinnere ich mich gut an den Lothar-Sturm Ende 1999, wo an vielen Orten in der Schweiz, vor allem in Waldnähe, die Stromleitungen zu Boden gedrückt wurden. Mehrere Tage ohne Strom auszukommen war eine grosse Herausforderung. In ländlichen Gebieten, mit Holzheizung und irgendwo noch mit einem Diesellager im Schuppen, und natürlich solidarischer Aushilfe, konnte die herausfordernde Situation damals gemeistert werden. Inzwischen sind die Einrichtungen und Infrastrukturen modernisiert worden, die Abhängigkeit vom Strom ist jedoch noch grösser geworden. An vielen Orten in unserem Leben läuft nichts mehr ohne Strom. Sabotageakte von Aktivisten kann man beeinflussen, Naturereignisse jedoch nicht – man kann sich einfach darauf vorbereiten. Eine Strommangellage infolge ungenügenden Zubaus zu riskieren, ist fahrlässig. Ein sogenannter «Blackout» würde riesigen Schaden und Ausfälle verursachen und muss unbedingt verhindert werden.



Kernauftrag Versorgungssicherheit

Daher gefällt mir der Titel der Initiative gut: «Jederzeit Strom für alle». Ich denke, der Initiativtext ist klar und verständlich formuliert. Nach der Unsicherheit bei der Stromversorgung in den letzten Jahren, dem Risiko einer Mangellage und dem Hin und Her betreffend alternative Energieträger, ist es an der Zeit, wieder Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen, und unseren Bürgern und Betrieben zuzusichern, dass in Zukunft Strom zur Verfügung stehen wird. Die grossen Stromkonzerne sollen sich auf ihre Kernkompetenz besinnen! Das ist nämlich, Energie in genügender Menge und zu einem anständigen Preis anzubieten und sich nicht im internationalen Stromhandel zu profilieren, nur um finanziell zu profitieren. Hier sind meiner Meinung nach die Hauptaktionäre, sprich die Kantone, in der Pflicht, ihre Verantwortung wieder vermehrt wahrzunehmen und ihren Einfluss zu Gunsten der Schweizer Bürger geltend zu machen.

EDU-Nationalräte stimmen Blackout-Initiative zu

Verantwortungsvoll mit den Herausforderungen umzugehen, bedeutet für uns EDU-Nationalräte, auch technologieoffen in die Zukunft zu gehen. Jede Produktionsform von Energie hat Vor- und Nachteile. Wir werden daher der Initiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout-Initiative)» zustimmen. Im Weiteren unterstützen wir auch den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates, der die Anpassung im Kernenergiegesetz fordert. Gemäss Vorschlag des Bundesrates wird das Verbot für die Erteilung von Rahmenbewilligungen für den Bau resp. die Änderung/Erneuerung von bestehenden AKWs ersatzlos aus dem Gesetz gestrichen. Das bedeutet, dass der Bundesrat bei Annahme der Vorlage durch das Parlament wieder Rahmenbewilligungen für den Bau resp. die Änderung von AKWs erteilen kann.

Wir sagen Ja zur Initiative und zum indirekten Gegenvorschlag und wollen technologieoffen in die Zukunft gehen, damit unser Land in genügender Menge Strom zu fairen Bedingungen hat. ●



23'219 Unterschriften für Ständemehr bei EU-Verträgen

Ein deutliches Zeichen, das Bundesbern nicht ignorieren kann: Am 17. Juni 2026 hat die EDU Schweiz den Parlamentsdiensten in Bern 23'219 Unterschriften für die Petition «Wir fordern das Ständemehr!» überreicht.



Generalsekretär EDU Schweiz

Mit ihrer Unterschrift verlangen die zahlreichen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, dass internationale Verträge mit dynamischer Rechtsübernahme dem obligatorischen Referendum mit Ständemehr unterstellt werden. Konkret fordert die Petition, dass National- und Ständerat das geplante EU-Vertragspaket dem Ständemehr unterstellen.

Die vorgesehenen EU-Verträge haben weitreichende Auswirkungen auf die Souveränität, die direkte Demokratie und den Föderalismus der Schweiz. Mit der dynamischen Rechtsübernahme werden künftig wesentliche Rechtsentwicklungen ausserhalb der Schweiz vorgegeben. Damit sind grundlegende

Fragen der staatlichen Selbstbestimmung, der Mitbestimmung der Bevölkerung und der Stellung der Kantone betroffen. Wer die politischen Spielregeln der Schweiz nachhaltig verändert, muss die Zustimmung von Volk und Ständen einholen.

Die Petition wurde am 19. März 2026 lanciert. Innerhalb von knapp zwei Monaten konnten 23'219 Unterschriften gesammelt werden. Dieses Resultat zeigt deutlich, dass die Stimmbürger erwarten, bei grundlegenden Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes umfassend mitbestimmen zu können.

Die EDU Schweiz dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern herzlich für ihr Engagement. Die eingereichte Petition ist ein klares Signal an Bundesrat und Parlament: Bei Fragen von dieser Tragweite braucht es die Zustimmung von Volk und Ständen. ●



Jetzt Video zur Unterschriftenübergabe anschauen: <https://www.youtube.com/watch?v=xUWEjUyXYHA>



Die politische und geistliche Dimension der Epstein-Akten

Was wäre geschehen, wenn wir nie von den Machenschaften rund um Jeffrey Epstein erfahren hätten? Es ist eine unbequeme, aber notwendige Frage. Denn vieles von dem, was heute dokumentiert und teilweise juristisch aufgearbeitet wird, wäre noch vor wenigen Jahren reflexartig als «Verschwörungstheorie» abgetan worden. Zu unfassbar, zu dunkel, zu jenseits dessen, was man für möglich halten wollte.



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Und doch zeigt sich: Realität ist bisweilen erschütternder als jede Theorie. Der Fall Epstein steht exemplarisch für ein Phänomen, das weit über eine einzelne Person hinausgeht. Netzwerke, Abhängigkeiten, Machtstrukturen – all das deutet darauf hin, dass wir es nicht nur mit individuellem Versagen zu tun haben, sondern mit systemischen Verwerfungen. Gerade deshalb war die Versuchung gross, Hinweise darauf vorschnell ins Reich des Absurden zu verbannen. Und dies trotz früheren Erfahrungen beispielsweise mit der Manson Family, einer sektenähnlich strukturierten Kommune, die weltweit für Schlagzeilen sorgte, als sie eher zufälligerweise ihrer Kultmorde überführt wurde.

Hier offenbart sich ein grundlegendes Problem unserer Zeit: Nicht nur das Böse selbst wirkt im Verborgenen, sondern auch die Mechanismen seiner Verdrängung. Was nicht sein darf, wird nicht gedacht – und was nicht gedacht wird, wird als «Verschwörung» etikettiert. Der Begriff wird so zum Instrument der Beruhigung, nicht der Aufklärung.

Bibel kennt Abgründe des Menschen

Gerade hier eröffnet sich eine tiefere, auch geistliche Dimension. Die Bibel ist in dieser Hinsicht von erstaunlicher Nüchternheit. Sie kennt die Abgründe des Menschen. Im Alten Testament wird mehrfach davon berichtet, dass Kinder fremden Göttern geopfert wurden – etwa dem Moloch (vgl. 3. Mose 18,21). Was aus heutiger Sicht unvorstellbar erscheint, wird dort ohne Beschönigung als Realität beschrieben: Menschen sind fähig zu grausamsten Taten, auch im religiösen oder ideologischen Gewand.

Diese biblische Klarheit hilft, die Gegenwart nüchtern zu beurteilen. Sie bewahrt vor zwei gefährlichen Reflexen: naiver Gutgläubigkeit auf der einen Seite und pauschaler Abwehr auf der anderen. Denn nicht alles, was unfassbar ist, ist deshalb un-

wahr. Gleichzeitig mahnt sie zur Sorgfalt: Nicht jede Behauptung ist wahr, aber auch nicht jede ist falsch, nur weil sie verstört.

Entlarvung falscher Gewissheiten

Die sogenannten Epstein-Akten haben genau in diesem Spannungsfeld eine aufdeckende Funktion. Sie zwingen Öffentlichkeit, Medien und Politik, sich mit Realitäten auseinanderzusetzen, die lange verdrängt oder marginalisiert wurden. In diesem Sinne haben sie – bei aller Abgründigkeit – auch eine positive Dimension: Sie entlarven falsche Gewissheiten und führen vor Augen, dass Wahrheit sich nicht dauerhaft unterdrücken lässt. Hier berührt sich das Politische mit dem Geistlichen. Denn das biblische Zeugnis ist durchzogen von der Gewissheit, dass Verborgenes ans Licht kommt. «Es ist nichts verborgen, das nicht offenbar wird» (vgl. Lukas-Evangelium 8,17). Diese Aussage ist keine Drohung, sondern eine Verheissung – insbesondere für die Opfer. Sie bedeutet: Unrecht bleibt nicht ewig im Dunkeln. Es hat eine Frist – nicht im juristischen, aber im existenziellen Sinn.

Vor diesem Hintergrund erhält auch der Entscheid von National- und Ständerat, Mord künftig für unverjährbar zu erklären, besonderes Gewicht. Dieser Schritt ist mehr als eine technische Anpassung des Strafrechts. Er ist Ausdruck eines gewachsenen Bewusstseins dafür, dass es Verbrechen gibt, die sich der Logik von Fristen entziehen. Schuld lässt sich nicht einfach «absitzen», indem man lange genug schweigt oder hofft, dass Gras darüber wächst.

Zeit wirkt zulasten der Opfer

Auch wenn die Epstein-Fälle juristisch nicht deckungsgleich sind, so berühren sie doch denselben Kern: schwerstes Unrecht, oft über lange Zeiträume hinweg verborgen, mit tiefgreifenden Folgen für die Betroffenen. Gerade in solchen Konstellationen ist Zeit nicht neutral – sie wirkt oft zugunsten der Täter und zulasten der Opfer. Ein weiterer Hebel



ausserhalb des oft kritisierten juristischen Täter-anstelle des Opferschutzes. Dabei brauchen traumatisierte Opfer nicht selten Jahre oder Jahrzehnte, um überhaupt über Erfahrenes sprechen zu können.

Die Aufhebung der Verjährung setzt hier ein wichtiges Gegengewicht. Sie signalisiert: Die Tür zur Gerechtigkeit bleibt offen. Sie stärkt damit nicht nur die Rechtsordnung, sondern auch das Vertrauen der Menschen in ihre Institutionen. Denn ein Staat, der schwerstes Unrecht einfach verjähren lässt, sendet – bewusst oder unbewusst – das Signal, dass Zeit Wunden auch ohne Wahrheit heilen könne. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Wahrheit befreit

Gerade hier zeigt sich eine weitere Parallele zur aktuellen Entwicklung: Immer mehr Betroffene wagen es, ihr Schweigen zu brechen. Auch in unserem eigenen Umfeld – etwa in unserem Podcast auf YouTube zum Thema rituelle Gewalt (<https://www.youtube.com/watch?v=cwvmUYe91es>) – wird deutlich, wie lange Leid verborgen bleiben kann und wie befreiend, aber auch erschütternd es ist, wenn Wahrheit ausgesprochen wird. Diese Zeugnisse sind keine Randnotizen. Sie sind ein Korrektiv für eine Gesellschaft, die allzu schnell zur Tagesordnung übergeht.

Damit stellt sich auch eine politische Verantwortung: Es genügt nicht, Einzelfälle zu verurteilen. Es braucht den Mut, strukturelle Fragen zu stellen. Wer profitiert durch das Schweigen? Wo versagen Kontrollmechanismen? Und wie können Opfer

besser geschützt werden? Eine reife Demokratie misst sich nicht daran, ob sie Skandale verhindern kann – sondern daran, wie sie mit ihnen umgeht.

Geistlich betrachtet führt all dies zu einer unbequemen, aber heilsamen Einsicht: Der Mensch ist zur Wahrheit verpflichtet, auch wenn sie schmerzt. Die Bibel zeichnet kein idealisiertes Bild des Menschen, sondern ein realistisches. Doch gerade darin liegt Hoffnung. Denn wo Schuld erkannt und benannt wird, entsteht Raum für Verantwortung – und damit auch für echte Veränderung.

Epstein-Akten als Prüfstein

Die Epstein-Akten sind deshalb mehr als ein Skandal. Sie sind ein Prüfstein – für unsere Bereitschaft, hinzusehen, und für unsere Fähigkeit, Wahrheit auszuhalten. Sie fordern uns heraus, nicht vorschnell zu urteilen, aber auch nicht vorschnell zu relativieren. Oder anders ausgedrückt: Was lange als undenkbar galt, ist geschehen. Und was ans Licht kommt, ist nicht primär das Problem – sondern die Voraussetzung dafür, dass Unrecht beim Namen genannt und Gerechtigkeit möglich wird.

Fazit: Wer die Wahrheit verdrängt, schützt nicht den Frieden – er verlängert das Unrecht. ●

Wert des Sonntags erhalten

Der Ständerat hat am 9. Juni 2026 mit 22 zu 21 Stimmen bei einer Enthaltung entschieden, dass die Kantone auch in Zukunft keine zusätzlichen Sonntagsverkäufe bewilligen können. Er beschloss damit «Nichteintreten» auf die Standesinitiative «Zeitlich befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten» des Kantons Zürich.

Für die Verteidigung des gesetzlich verankerten arbeitsfreien Sonntags machte sich die 2012 gegründete Sonntagsallianz stark. Ihr gehört neben Frauenverbänden, Gewerkschaften, politischen Parteien, Kirchen/kirchlichen Verbänden auch die EDU Schweiz an. Die Sonntagsallianz wandte sich Ende Mai mit einem Brief an die Vereinigte Bundesversammlung, dessen wertvolle Gedankenanstösse wir fortfolgend in Auszügen abdrucken:

Bereits der Titel der parlamentarischen Initiative ist irreführend. Von einer «zeitlichen Befristung» kann keine Rede sein. Die Initiative zielt vielmehr darauf ab, die heute erlaubten vier bewilligungsfreien verkaufsoffenen Sonntage schweizweit auf zwölf zu erhöhen. Damit stünde eine deutliche Ausweitung der Sonntagsarbeit zur Entscheidung – ein Anliegen, das erst vor wenigen Jahren (Antrag Noser zum Covid-Gesetz) vom Parlament verworfen wurde.



Wert des Sonntags muss erhalten bleiben

Der Sonntag ist in unserer Gesellschaft fest als gesetzlich geschützter Ruhetag verankert. In einer pluralen Gesellschaft bildet er einen gemeinsamen Tag der Erholung und des Zusammenseins – sei es aus religiösen, kulturellen oder praktischen Gründen. Der freie Sonntag ist Grundpfeiler des familiären, sozialen, sportlichen, kulturellen und spirituellen Lebens. Erwerbsarbeit am Sonntag soll daher auf jene Tätigkeiten beschränkt bleiben, die für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich sind. Dennoch wird der Sonntag immer wieder aus partikularen wirtschaftlichen Interessen heraus infrage gestellt – so auch diesmal.

Für viele Menschen in der Schweiz ist der Sonntag ein Tag gemeinsamer Freizeitgestaltung, sozialer Kontakte und religiös-kirchlicher Praxis. Dieser gesellschaftliche Wert muss geschützt bleiben. Wird das Sonntagsarbeitsverbot weiter aufgeweicht, leidet der soziale Zusammenhalt und ein gemeinsamer Wochenrhythmus geht verloren.

Gesundheit schützen, statt Krankheitsrisiken erhöhen

Für die Sonntagsallianz ist klar: Angesichts der steigenden Belastungen im Arbeitsleben braucht es eine regelmässige wöchentliche Pause. Der Sonntag trägt wesentlich zur körperlichen und psychischen Erholung bei. Zahlreiche Studien belegen, wie wichtig stabile Rhythmen mit klar getrennten Arbeits- und Ruhezeiten sind. Fällt der Sonntag als Erholungstag weg, leidet die Gesundheit der Beschäftigten. Gerade im Verkauf gehören Muskel- und Gelenkschmerzen bereits heute zum Berufsalltag; zudem sind viele Betroffene mit psychischen Belastungen konfrontiert, da ihre Arbeit oft zu wenig wertgeschätzt wird. Die Arbeitsmedizin zeigt deutlich: Langjährige Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen erhöht das Krankheitsrisiko, und mehr Sonntagsarbeit verstärkt diese Problematik.

Der Schutz der Gesundheit ist der Zweck des Arbeitsgesetzes – und das soll so bleiben. Die Sonntagsallianz ist überzeugt, dass die Sonntagsruhe für die gesamte Gesellschaft unerlässlich ist und Sonntagsarbeit weiterhin nur in klar begründeten Ausnahmefällen zulässig sein darf, wie es heute der Fall ist. ●

Redaktion «Standpunkt»

Weitere Infos: www.sonntagsallianz.ch

Die EDK will den Irrweg nicht erkennen!

Im Jahr 2024 wurden erstmals bei knapp 20'000 Schülerinnen und Schülern der 2. Klasse aus allen Kantonen – ausser Zug und Nidwalden – das Erreichen der Grundkompetenzen in der Schulsprache Lesen und Hören sowie Mathematik überprüft. Die an der Medienkonferenz der EDK (Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren) präsentierten Ergebnisse müssten alarmieren!



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Der EDK-Präsident Christophe Darbellay stellt jedoch die Ergebnisse als zufriedenstellend und Erfolg der Harmonisierung dar. Ist es tatsächlich ein Erfolg, wenn bis nahezu ein Drittel der 7- bis 8-jährigen Kinder schlecht abschneiden bei einfachen Aufgaben, genannt Grundkompetenzen? Etwa, wenn ein Schüler erkennen soll, dass auf einem Foto ein Kind gut ersichtlich einen Engel zeichnet. Antwortmöglichkeiten sind dann: Tisch, Engel, Stift (NZZ, 22. Mai 2026). Wobei es gemäss NZZ vorkommen soll, dass «grottenschlechte Schüler wenig diskret gebeten würden, am Testtag doch «krankzumachen» – damit die Statistik nicht noch schlechter ausfalle.» Auch können wir doch nicht zufrieden sein, wenn in anderen europäischen Ländern die Schulen «noch schlechter» sind.

Bedenkliche Ergebnisse

Beim Hören der Schulsprache erreichen durchschnittlich 87 % (Bandbreite: GE 80 % bis OW 95 %) die nationalen Bildungsziele. Beim Lesen sind es 79 % (BE 70 % bis UR/GR 87 %) und in der Mathematik noch 76 % (LU 68 % bis GR/JU 88 %). Allgemein sind in städtischen Kantonen die Ergebnisse schlechter. Der Kanton Graubünden schneidet in den drei Bereichen relativ gut ab. In diesem Kanton sind die Kinder allerdings durchschnittlich ein halbes Jahr älter, weil der Einschulungstichtag am 1. Januar ist, was unbestritten ein Vorteil für alle wäre. Es fällt zudem auf, dass Schüler mit einer «privilegierteren sozialen Herkunft» gut bis sehr gut abschneiden, selbst entsprechende Kinder mit Migrationshintergrund und einer Fremdsprache daheim. Jedoch Kinder aus sogenannten sozial benachteiligten Familien – die unteren 25 Prozent – haben ein dreieinhalbmal so hohes Risiko, die Grundkompetenzen nicht zu erreichen. Die Autoren des Berichts legen offen, dass viele Aufgaben relativ einfach waren und anspruchsvollere Aufgaben ganz gefehlt haben.

Sich den Tatsachen stellen!

Solange die «Lehrplan 21-Architekten und -Befürworter» Einfluss haben, scheint eine ehrliche Beurteilung mit entsprechenden Schlüssen und Korrekturen schwierig, was für die betroffenen Kinder, Lehrer und Eltern bedenklich ist. Trotzdem: der dringend nötige Widerstand wächst auch bei den politischen Parteien, weil Theorie und Praxis zunehmend auseinanderklaffen. Der erfahrene ehemalige Lehrer und Schulleiter Carl Bossard vermutet im Newsletter «Starke Volksschule Zürich» (31.5.26) ein eigentliches Problem bei der Unfähigkeit, über Schwierigkeiten an den Schulen offen zu sprechen. Wer auf Defizite hinweise, gerate rasch unter Verdacht, autoritär, kulturpessimistisch oder rückwärtsgewandt zu sein.

Für unsere Kinder und unser Land

Es braucht dringend eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben. Der folgende Auszug aus dem Manifest «Wendepunkt Bildung» (Schweizerzeit vom 5. Juni 2026) muss beherzigt werden: Ihr Manifest beklagt «sinkende Lernleistungen», «überfrachtete Lehrpläne», Pädagogische Hochschulen, die «den Bezug zur Praxis verloren haben», und eine Schule, die sich in Administration verstricke». Zu schaffen machen zudem die Folgen einer überbordenden Zuwanderung. Zu viele verschiedene Kulturen, Sprachen und Integrationsherausforderungen erschweren einen gelingenden Unterricht für alle! Auch diesbezüglich braucht es dringend Korrekturen! ●



Wie wirklich ist die Wirklichkeit?

Ist der Mensch ein Geschöpf, das sich in eine ihm vorgegebene Wirklichkeit hineinstellt und beginnt, diese zu erkunden und zu erkennen, oder ist er Schöpfer, der die Wirklichkeit durch seine Betrachtung und seine Sprache erst konstruiert, gleichsam aus dem Nichts erschafft? Wie man diese Frage beantwortet, hat viel zu tun mit gesellschaftlichen Fragen, die uns im 21. Jahrhundert beschäftigen und die Gemüter erhitzen.

«Wir leben in einer Ära, die den Schmerz der Seele mit dem Skalpell exorzieren will. Man hat uns gelehrt, Identität sei ein Konstrukt, das man operieren und chemisch erzwingen kann. Doch ich habe gelernt: Man kann die Biologie zum Schweigen bringen, aber man kann sie nicht besiegen. Mein Körper war nie falsch – er war der Schauplatz einer tiefen inneren Not, die Halt suchte und stattdessen Medizin fand. Wir haben vergessen, dass eine Wunde im Geist nicht durch eine Narbe auf der Haut heilt. Denn am Ende bleibt eine unerbittliche Gewissheit: Die Natur lässt sich nicht betrügen.»

Identität als Konstrukt

Diese Worte schrieb Chris Brönimann am 10. Mai 2026 auf «X» in einem längeren Beitrag, der den Titel «[Der Verrat am Körper und der Lärm der Ideologie](#)» trägt. Chris Brönimann vollzog unter medialer Öffentlichkeit 1998 eine operative Geschlechtsumwandlung und wurde zu Nadja Brönimann, der «bekanntesten trans Frau der Schweiz» (SRF Focus). 2024 hat er öffentlich gemacht, dass er die Geschlechtsanpassung bereut und sich entschieden, wieder als Mann zu leben. Aus der Trans-Aktivistenszene bekommt er seitdem Hassposts. Die vorherrschende Meinung, «Identität sei ein Konstrukt, das man operieren und chemisch erzwingen kann», hält er aufgrund seiner eigenen Biografie für gescheitert.

Konstruktivismus bedeutet, dass die Wirklichkeit vom Betrachter konstruiert wird. Diese Weltanschauung liegt zum Beispiel dem Selbstbestimmungsgesetz zugrunde, das am 18. Dezember 2020

von der Bundesversammlung beschlossen wurde, weitgehend unter dem Radar der Öffentlichkeit, deren Aufmerksamkeit ganz von Corona-Livetickern und fast täglich sich ändernden Verordnungen der Behörden ziemlich erschöpfend beansprucht wurde. Am 1. Januar 2022 trat es in Kraft: Die Möglichkeit, auf dem Zivilstandsamt sein Geschlecht unbürokratisch für CHF 75.– zu ändern und damit Wirklichkeit neu zu konstruieren.

Der Wirklichkeitstest

Um zu verstehen, was es mit dem Konstruktivismus auf sich hat, ist Theologie ganz nützlich. Denn es hat letztlich mit Gott zu tun. Als gläubiger Mensch (und erst recht als Theologe) ist man immer wieder einmal mit der Meinung konfrontiert, dass Gott, wenn es ihn gäbe, sich durch ein Wunder zu erkennen geben müsste. Da die Welt aber immer nach den Naturgesetzen abläuft, gibt es ihn offensichtlich nicht. Mit anderen Worten: Die Ordnung und Regelmässigkeit des Weltenlaufs spricht gegen Gott. Eine deutliche Unregelmässigkeit im Gefüge würde ihn beweisen.

Interessanterweise haben die Menschen im Altertum – nicht nur die Christen – gerade umgekehrt gedacht. Sie haben darüber gestaunt, wieviel Ordnung sie in der Welt vorfinden. Es muss eine ordnende Macht geben, soviel war für sie klar. Götter sind nicht da, um ab und zu ein bisschen Unordnung zu stiften (das tun sie gelegentlich auch), sondern um die Ordnung zu schaffen und zu bewahren.

Wie beweist man einen Gärtner?

Sind wir klüger geworden, wenn wir meinen, die Ordnungen des Universums seien selbstverständlich und von einem angeblichen Gott vor allem einen Akt der Unordnung erwarten? Was ist denn klüger: In einem wohlgeordneten Garten zu verlangen, dass man gefälligst eine rote Tulpe im gelben Tulpenbeet zeigen muss, um zu beweisen, dass ein Gärtner existiert, oder die Tatsache, dass man kein wucherndes Chaos, sondern einen wohlgeordneten Garten vor sich hat, für hinreichend zu halten, um von der Existenz eines Gärtners auszugehen?





Rückblick Sommersession

Am 1. Juni 2026 begann die neue Legislaturperiode, in der das neu gewählte Parlament und die Regierung zum ersten Mal zusammenkamen und sich konstituierten. Die EDU-Fraktion hat erstmals acht Mitglieder und ist neu in fast allen Kommissionen vertreten:

Präsidium des Grossen Rates: Katharina Baumann (1. Vizepräsidentin)

Aufsicht: Finanzkommission (FiKo): Samuel Kullmann; Justizkommission (JuKo): Willy Schranz

Sachbereiche: Bildungskommission (BiK): Simone Schnegg; Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK): Dominik Blatti; Sicherheitskommission (SiK): Bruno Martin

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK): Barbara Maurer

Auch in der Junisession gab es Themen, welche die Gemüter bewegt haben. Einige Grossratsmit-

glieder fassen die Schwerpunkte der Session zusammen.



Katharina Baumann

Zwei Feiern – ein Kanton

In den vergangenen Tagen durfte ich als Vize-Grossratspräsidentin an zwei besonderen Anlässen teilnehmen: an der Präsidialfeier von Regierungsratspräsident Pierre Alain Schnegg in Champoz und an der Feier unserer Grossratspräsidentin Anne Speiser in Zweisimmen. Auf den ersten Blick könnten die beiden Orte unterschiedlicher kaum sein: hier der Berner Jura, dort das Obersimmental. Und doch wurde an beiden Feiern sichtbar, was unseren Kanton ausmacht: seine Vielfalt, seine starken Regionen und Menschen, die Verantwortung für das Ganze übernehmen. In Champoz wurde die Verbunden-

heit mit der Heimatregion und der Zusammenhalt zwischen den Sprachregionen betont. In Zweisimmen standen das Engagement und die Volksnähe von Anne Speiser im Mittelpunkt.

Beide Anlässe erinnerten daran, dass Politik nicht nur aus Geschäften und Verordnungen besteht, sondern auch von Begegnungen, Vertrauen und gegenseitigem Respekt lebt. Gerade in herausfordernden Zeiten braucht es Menschen, die Verantwortung übernehmen und das Gemeinsame über das Trennende stellen. Pierre Alain Schnegg und Anne Speiser wünsche ich für ihre anspruchsvollen Aufgaben weiterhin Weisheit, Kraft und Gottes reichen Segen.



Dominik Blatti

Wasserstrategie 2040: Versorgungssicherheit stärker gewichtet

Die EDU-Fraktion begrüsst die grundsätzliche Ausrichtung der Wasserstrategie 2040. Positiv ist, dass die Strategie die künftigen Herausforderungen aufzeigt und wichtige Ansätze für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Gewässern enthält. Kritisch sehen wir jedoch, dass der Biodiversität deutlich mehr Gewicht beigemessen wird als der Energienutzung. Die Wasserkraft leistet einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren, einheimischen und erneuerbaren

Stromversorgung und muss entsprechend berücksichtigt werden. Auch die Brauchwasserversorgung sollte insbesondere mit Blick auf zunehmende Trockenperioden stärker gewichtet werden.

Die EDU unterstützt den Schutz der Biodiversität. Wo jedoch Zielkonflikte bestehen, braucht es eine ausgewogene Interessenabwägung. Den Bericht nahmen wir zustimmend zur Kenntnis. Der Teilrückweisung stimmten wir zu, damit die Versorgungssicherheit bei Strom und Brauchwasser stärker berücksichtigt wird.

Simmenwehr: Bewährte Wasserkraft erhalten

Die EDU-Fraktion lehnt den geplanten Rückbau des Simmenwehrs ab. Für uns ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine funktionierende Anlage zur erneuerbaren Stromproduktion aufgegeben werden soll. Das Simmenwehr leistet seit Jahren einen wichtigen Beitrag zur einheimischen und CO₂-armen Energieversorgung. Kritisch beurteilen wir zudem die veranschlagten Rückbaukosten von rund 55 Millionen Franken.

Auch wenn ökologische Anliegen wie die Fischgängigkeit wichtig sind, muss die Versorgungssicherheit angemessen berücksichtigt werden. Bevor eine funktionierende Anlage zurückgebaut wird, sind verhältnismässige Alternativen sorgfältig zu prüfen. Der Vorstoss für den Erhalt des Simmenwehrs wurde nach der Umwandlung in ein Postulat dank des Stichentscheids der Grossratspräsidentin überwiesen.

Willy Schranz

Wohnraum sichern – eine zentrale Herausforderung für das Berner Oberland

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum beschäftigt viele Gemeinden im Kanton Bern. Besonders in den Tourismusregionen des Berner Oberlandes wird es für Einheimische und Arbeitskräfte zunehmend schwieriger, geeignete Wohnungen zu finden. Zweitwohnungen, Ferienwohnungen und Kurzzeitvermietungen verschärfen die Situation zusätzlich. Die EDU-Fraktion anerkennt

den Handlungsbedarf, bezweifelt jedoch, dass neue kantonale Vorschriften die richtige Antwort sind. Die Ursachen unterscheiden sich regional stark und verlangen vor allem lokale Lösungen.

Der Grosse Rat überwies einen Teil der Motion als Postulat, um den Handlungsbedarf zu prüfen. Aus Sicht der EDU braucht es weniger neue Regulierungen als vielmehr pragmatische Unterstützung für Gemeinden und Regionen. Nur so bleiben unsere Dörfer attraktive Wohn- und Arbeitsorte für Einheimische.



Bruno Martin

Gewässerschutz ganzheitlich angehen

Der Grosse Rat diskutierte einen Vorstoss zur Belastung des Grundwassers durch Abbauprodukte des inzwischen verbotenen Fungizids Chlorothalonil. Die EDU-Fraktion lehnte den Vorstoss ab, da die Problematik seit Jahren bekannt ist und bereits verschiedene Massnahmen von Bund und Kanton umgesetzt werden. Chlorothalonil wurde 2020 verboten. Aufgrund seiner langlebigen Abbauprodukte wird die Belastung des Grundwassers jedoch noch über viele Jahre nachweisbar bleiben.

Der Kanton Bern beteiligt sich bereits an Projekten zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und zur Verbesserung der Wasserqualität. Besonders aufmerksam verfolgen wir zudem neue Herausforderungen wie PFAS-Rückstände und die Trifluoressigsäure (TFA), die weltweit zunehmend in Gewässern nachgewiesen werden. Für die EDU ist klar: Der Schutz unseres Trinkwassers bleibt eine wichtige Aufgabe, die mit Augenmass und auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse angegangen werden muss.

Hansueli Grädel

Signal für weniger Bürokratie

Die Motion zur Vereinfachung von Kleinbauten in der Landwirtschaftszone wurde angenommen. Das ist ein wichtiges Signal an die neue Führung. Wir hoffen, dass mit Regierungsrätin Aline Trede und dem neuen Leiter des Amtes für Gemeinden und Raumordnung eine speditivere und flexiblere Zusammenarbeit möglich

wird und bestehende Spielräume besser genutzt werden.

Für die EDU ist klar: Gerade bei Kleinbauten in der Landwirtschaftszone muss im Baubewilligungsverfahren pragmatischer und effizienter gehandelt werden. Weniger Bürokratie und praxisnahe Lösungen kommen letztlich Landwirtschaft, Gewerbe und Bevölkerung gleichermaßen zugute.

Samuel Kullmann

Schwierige Debatte um Kollektivunterkünfte

Drei Vorstösse zur Mitbestimmung von Gemeinden bei Kollektivunterkünften führten zu einer intensiven Debatte. Auslöser waren die Diskussionen rund um die geplante Unterkunft in Kandersteg. Die Sorgen der Bevölkerung bezüglich Integration, Infrastruktur und Belastung kleiner Gemeinden sind nachvollziehbar und verdienen es, ernst genommen zu werden.

Bern ist verpflichtet, die ihm zugewiesenen Asylsuchenden unterzubringen. Werden geeignete Standorte verunmöglicht, drohen teure Notlösungen und eine erschwerte Integration.

Die EDU-Fraktion diskutierte die Vorlagen intensiv und kam zu einer differenzierten Haltung: Wir anerkennen die besonderen Herausforderungen kleiner Gemeinden und befürworten mehr Mitsprache, lehnen jedoch ein generelles Vetorecht ab. Am Ende folgte der Grosse Rat der Regierung und lehnte alle drei Vorstösse ab. Die Debatte zeigte jedoch, dass der Einbezug der Gemeinden und die Suche nach langfristigen, tragfähigen Lösungen weiterhin hohe Priorität haben müssen. •

Gleichzeitig stellte ich als Präsident des Vereins Asyl Berner Oberland (ABO) die Frage, welche Folgen weitgehende Vetorechte oder starre Grössenbeschränkungen hätten. Der Kanton

Hinweis

Einige Voten der EDU-Fraktion können auf dem YouTube-Kanal der EDU Kanton Bern angeschaut werden:





Geschäftsführer/in EDU Kanton Bern (40–60%)

Zur Verstärkung unserer Aufbau- und Vernetzungsarbeit schaffen wir eine neue Stelle als Geschäftsführer/in der EDU Kanton Bern.

Ihre Aufgaben

- Aufbau und Förderung der Basisarbeit in Regional- und Ortsparteien
- Führung und Koordination des Sekretariats
- Mitarbeit bei der strategischen Weiterentwicklung der Partei und Umsetzung von Projekten
- Betreuung und Vernetzung von Mandatsträgern
- Verantwortung für Mitgliedermarketing und Spendenarbeit
- Organisation und Begleitung von Veranstaltungen, Anlässen und Kampagnen
- Sicherstellung der internen und externen Kommunikation

- Unterstützung des Kantonalvorstands und der EDU-Grossratsfraktion
- Aufbau und Pflege von Beziehungen zu Kirchen

Ihr Profil

- Starke Identifikation mit der EDU und ihren christlichen Werten
- Motivierende und gewinnende Persönlichkeit
- Durchsetzungsvermögen, überzeugendes Auftreten und stilsichere Kommunikation
- Freude an Vernetzung und menschenorientierter Arbeit
- Selbstständige, flexible und lösungsorientierte Arbeitsweise

- Erfahrung in Führung, Organisation oder politischer Arbeit von Vorteil
- Bereitschaft zu Abend- und gelegentlichen Wochenendeinsätzen
- Führerausweis Kategorie B

Wir bieten

- Vielseitige und sinnstiftende Tätigkeit mit Gestaltungsspielraum
- Möglichkeit, den Aufbau der EDU Kanton Bern aktiv mitzuprägen
- Zusammenarbeit mit engagierten Menschen aus Politik, Gesellschaft und Kirchen
- Flexible Arbeitsgestaltung und zeitgemässe Anstellungsbedingungen
- Dynamisches Team im Sekretariat

Arbeitsort: Münsingen / Homeoffice

Auskunft und Bewerbung:

benjamin.carisch@be.edu-schweiz.ch,
078 791 11 49

Beten bewegt

Julian Keller



Wie ist es dir in den letzten Wochen und Monaten ergangen? Hattest du manchmal das Gefühl, dass dich die Ereignisse in deinem persönlichen Leben, in deinem Umfeld oder in der Welt beinahe erdrücken? Ich kenne solche Momente. Zeiten, in denen mir der Blick nach vorne und sogar die Freude am Gebet verloren zu gehen drohten.

Gerade wenn liebe Freunde mit Situationen konfrontiert werden, die alles andere als ermutigend sind, fehlen manchmal die Worte für ein Gebet. Und nicht selten sehen wir vor lauter Herausforderungen nicht mehr über unsere unmittelbaren Probleme hinaus. Doch Gott, unser Vater und Schöpfer des Himmels und der Erde, ist gerade in solchen Situationen zuverlässig und treu.

Die Verse aus 1. Petrus 5,6–11 haben mich neu ermutigt, dranzubleiben und darauf

zu vertrauen, dass Gott Gebete erhört. Er stärkt, ermutigt und tröstet Menschen durch seinen Heiligen Geist. Auch wenn wir momentan noch keinen Durchbruch sehen oder erleben, dürfen wir Gott bereits für sein Eingreifen danken. Dazu ermutigen uns auch die Worte aus 1. Thessalonicher 5,17–19. Ich segne dich mit Mut, Freude und Dankbarkeit, damit du mit unserem himmlischen Vater im Gespräch bleibst – ganz gleich, in welcher Situation du dich gerade befindest. •

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Samuel Kullmann

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1: z.v.g.
Seite 2: AdobeStock

Ich glaube an Gott ...

Das christliche Glaubensbekenntnis beginnt mit dem Satz «Ich glaube an Gott ..., den Schöpfer des Himmels und der Erde». Vielen Menschen ist nicht bewusst, welche Implikationen dieser Satz hat und vor allem: Welche Implikationen die Verneinung dieses Satzes hat. Es geht nicht einfach um die Frage, wie die Welt entstanden ist, sondern es geht um die Frage, ob die Welt im Tiefsten Sinn und Bedeutung hat oder ob wir von bedeutungsloser und beliebig manipulierbarer Materie umgeben sind.

Der Satz, dass Gott der Schöpfer ist, bedeutet zugleich, dass der Mensch es nicht ist. Der Mensch findet sich in einer Wirklichkeit vor, die er nicht selber erschaffen hat. Zwar bedeutet die biblische Rede von der Erschaffung des Menschen im Bilde Gottes, dass Gott dem Menschen Anteil gibt an seinem Schöpfungshandeln, dass der Mensch also sehr wohl mitgestaltend und mitformend in dieser Wirklichkeit tätig sein kann. Doch der Unterschied zum Konstruktivismus liegt in dem «mit». Denn

nur da, wo der Mensch dies in Harmonie mit der Schöpfung tut, wo er nicht mit Gewalt Wirklichkeit manipulieren und verändern will, sondern wo er erkennend, suchend und dienend, mit «Ehrfurcht vor dem Leben» (Albert Schweitzer) am Schöpfungshandeln Gottes Anteil nimmt, entsteht daraus Schönes, Gutes und Wahres.

«Wir werden uns eines Tages gegenseitig fragen müssen, wie wir dabei zusehen konnten, wie die Medizin ihren Kompass verlor – und warum wir das Schweigen der Experten für Fortschritt hielten.» So Chris Brönimann am 17. Mai 2026 auf «X». ●

Prof. Dr. Benjamin Kilchör, evangelischer Theologe und Professor für Altes Testament an der Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule Basel

Dies ist eine gekürzte Fassung des Originalartikels, der am 21. Juni 2026 auf sichtweisenschweiz.ch erschienen ist.

Statistik: Entwicklung der Änderung von Geschlechtseintragungen in der Schweiz 2022-2025

Seit dem 1. Januar 2022 kann der Geschlechtseintrag im Personenregister mit einer persönlichen Erklärung beim Zivilstandsamt geändert werden. Seit Einführung im Jahre 2022 haben sich die Änderungen von Geschlechtseintragungen in der Schweiz halbiert.

Geschlechtseintrag Frau zu Geschlechtseintrag Mann	2022	2023	2024	2025
Nach Altersklasse				
Weniger als 15 Jahre*	39	22	16	19
15-19 Jahre	284	217	142	141
20-24 Jahre	340	199	159	161
25-29 Jahre	199	117	77	86
30-34 Jahre	97	55	48	55
35-39 Jahre	44	35	28	34
40-44 Jahre	44	20	15	23
45-49 Jahre	37	16	9	17
50-54 Jahre	35	11	9	17
55-59 Jahre	18	5	8	9
60-64 Jahre	23	8	6	9
65-69 Jahre	13	8	2	3
70-74 Jahre	2	0	2	1
75-79 Jahre	2	0	0	0
80 Jahre oder älter	0	0	0	0

*Personen unter 16 Jahren benötigen die Zustimmung der gesetzlichen Vertretung.

Haltung der EDU zu Israel

Die EDU steht unverbrüchlich an der Seite Israels. Was dies alles umfasst, steht im aktuellen Grundlagenpapier «Werte und Positionen der EDU» in den Kapiteln 15.5 (Israel und Nahost) sowie 15.6 (Politik der israelischen Regierung).

Gute Beziehungen zum Volk und Land Israel, dem Träger biblischer Verheissungen, sind von Gott gesegnet! Die Schweiz soll politische, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Aktivitäten, welche die Sicherheitsinteressen des Staates Israel und das Leben in Freiheit, Sicherheit, Frieden und Würde für die israelische und arabische Bevölkerung in Israel ermöglichen, aktiv unterstützen. Die EDU steht bedingungslos zum Staat Israel und unterstützt diesen nach Kräften, da sie ihn als Verwirklichung biblischer Prophetie betrachtet.

Die EDU befürwortet:

- enge freundschaftliche Beziehungen der Schweiz zu Israel in allen Bereichen.
- die Anerkennung Jerusalems als unteilbare Hauptstadt Israels und die Verlegung der Schweizer Botschaft nach Jerusalem gemäss internationaler Usanz.
- die aktive Unterstützung von Massnahmen, welche Frieden, Freiheit, Sicherheit, Würde und wirtschaftliche Entwicklung für die israelische und arabische Bevölkerung ermöglichen; nach diesen Zielen hat sich die Beziehung der Schweiz zu den Nahoststaaten Israel, Libanon, Syrien, Jordanien, Ägypten, Libyen, Saudi-Arabien, Irak, Iran usw. auszurichten.
- die permanente Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und Rot-Kreuz-Konventionen, sowie der Glaubens- und Religionsfreiheit durch alle Regierungen der Nahost-Staaten.

Beurteilung der sogenannten «Zwei-Staaten-Lösung», Jerusalem aus Sicht der EDU

Zum Völkerbundsmandat für «Palästina» (ratifiziert am 24. Juli 1922) gehörte auch das Gebiet des heutigen Staates Jordanien. Dieses Mandat sah die «Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina» vor, wobei die «bürgerlichen und die religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina» nicht tangiert werden durften. Die Grenzen dieser Heimstätte waren nicht definiert. Mit der Teilautonomie von Jordanien (1923) und dessen definitiver Staatsgründung (1946) war noch nichts bestimmt über das Gebiet westlich des Jordans. Der am 29. November

1947 verabschiedete Teilungsplan für das Gebiet westlich des Jordans sah dort zwei Staaten mit einer Wirtschafts-, Zoll- und Währungsunion und mit klar definierten Grenzen vor. In der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel wurde ausdrücklich festgelegt, dass sich der Staat an diesen UNO-Beschluss halte und die arabische Bevölkerung wurde zur Mitarbeit mit voller



bürgerlicher Gleichheit aufgerufen. Sämtliche arabischen Nachbarstaaten griffen mit Verstärkung den neuen Staat Israel noch in derselben Nacht an, erreichten jedoch die Vernichtung Israels nicht. Die arabische Forderung nach einem zusätzlichen palästinensischen Staat entstand wesentlich später.

Die EDU anerkennt das Existenzrecht des israelischen Staates und Volkes an seinem heutigen und historischen Standort. Ebenso anerkennt die EDU das Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungsrecht des Staates Israel sowie die Pflicht der israelischen Regierung, ihre jüdische und nicht-jüdische Bevölkerung gegen Terrorangriffe und militärische Bedrohungen zu schützen und dazu die notwendigen Massnahmen zu treffen.

Die EDU befürwortet:

- das Existenzrecht Israels und seiner Bevölkerung und dessen Recht, in Frieden und Freiheit innerhalb anerkannter und gesicherter Grenzen zu leben.
- das Recht Israels auf Selbstverteidigung und Schutz seiner Bevölkerung vor Terror und militärischer Bedrohung.
- die Einhaltung und Respektierung der Rotkreuzkonvention und der Menschenrechte durch die israelische Regierung auch im Umgang mit der arabischen Bevölkerung im Gazastreifen und Westjordanland trotz Kriegszustand.
- die Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Respektierung der privaten Eigentumsrechte beim Bau von Wohnungen sowie die Nichtdiskriminierung von Nicht-Juden. ●

Quelle: www.edu-schweiz.ch/positionen/grundsaeetze-werte/

Die Wurzeln des Schweizer Sonderfalls

Am 27. September 2026 stimmen wir über die Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» ab. Was aber bedeutet die Schweizer Neutralität? Warum hat sich die Schweiz – als einziges Land weltweit – einer Politik der «immerwährenden bewaffneten Neutralität» verschrieben? Ist dies bloss historischer Zufall?

Der Gotthardweg

Die Neutralität ist aus der Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft hervorgegangen – einer Geschichte, wie sie kein anderes Land in Europa in gleicher Weise erfahren hat; einer Geschichte also, die unserem Land Eigenschaften und einen Charakter verliehen hat, welcher die Schweiz von allen anderen Ländern Europas grundlegend unterscheidet.

Eine Weichenstellung von historischer Tragweite, welche die Entwicklung der Eidgenossenschaft in ganz andere Bahnen lenkte als sie alle anderen Länder in Europa durchliefen, trat bereits in der ersten Hälfte des zwölften Jahrhunderts ein. Damals, als der Staufer Friedrich II. als Kaiser (1220 - 1250) das Heilige Römische Reich Deutscher Nation regierte.

Heiratspolitisches Kalkül der Staufer war damals ausschlaggebend dafür, dass der am Hof der Normannen in Palermo aufgewachsene Friedrich das Reich von Apulien, von der Südspitze Italiens aus regierte.

Friedrich II.

Als Strategie war dem Kaiser klar, dass für ihn, wenn seine Präsenz im grösseren Teil seines Reichs, also nördlich der Alpen vonnöten war, der Alpenriegel selbst mit einem Heer so hindernisfrei wie irgend denkbar überwindbar sein musste – jener Alpenriegel, der sein Riesenreich in zwei Teile zerschnitt. Friedrich II. war also auf einen zuverlässigen Wächter am Gotthard, am Nadelöhr zwischen Süd- und Nordeuropa angewiesen.

Im Blick auf diese Notwendigkeit stellte Friedrich II. 1231 zunächst den Urnern, 1240 auch den Schwyzern «Freiheitsbriefe» aus. Damit wurden weder die Urner noch die Schwyzer aus dem Reich entlassen. Aber sie wurden als «reichsunmittelbar» erklärt, also ganz direkt ihm selbst, dem Kaiser des Reichs, unterstellt. Ob Gleiches auch den Nid- und Obwaldnern zuteil wurde, wird von heutigen Historikern vermutet und angenommen, ist aber nicht zweifelsfrei überliefert.

Vorteile der Kleinräumigkeit

Für den Kaiser, für Friedrich II. waren die Urner und die Schwyzer indessen allein als zuverlässige Wächter am Gotthard und am Vierwaldstättersee von Bedeutung. Wie sie sich in ihren gebirgigen Gefilden selbst organisierten, war für ihn, den Kaiser nebensächlich. Und die beiden Bergvölker, von keinem Herzog, von keinem Grafen, von keinem Freiherrn mehr behindert, entdeckten nach und nach die Vorteile, die sich ihnen boten, wenn sie ihr Dasein – stets bedroht von der unberechenbaren Natur in den Bergen – selbst organisieren und selbst schützen konnten.

Sachte, Schritt für Schritt begann sich an der wichtigsten Passage über die Alpen Selbstverwaltung durchzusetzen – etwas, was im übrigen, riesigen Kaiserreich nirgends Chancen hatte. Mit Demokratie hatte diese Entwicklung zumindest anfänglich freilich nichts zu tun – keine Spur von allgemeinem Stimmrecht. Aber die Geschlechter, die zunehmend das Sagen hatten, waren «Eigengewächs». Sie wuchsen hinein in eine wichtige Rolle als Folge der im Reich einzigartigen Weichenstellung am Gotthardweg, wo sich Selbstverwaltung zu entwickeln begann. Diese erwies sich im Verlauf der folgenden Jahrhunderte als immer gefestigter – und zeitigte Folgen, welche die Eidgenossenschaft bis heute prägen. ●

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer der Schweizerzeit-Stiftung

Der Autor ist Historiker und ehemaliger Nationalrat für den Kanton Zürich. Ulrich Schlüer hält für Interessierte immer wieder spannende Vorträge zur Geschichte der Schweiz und zur Bedeutung der Neutralität im Besonderen. Anfragen bitte stellen an schluer@schweizerzeit.ch.



Wer bestimmt, was wahr sein darf?

Wir sollten einander mehr zuhören, statt einfach übereinander zu urteilen. Ein Plädoyer für demokratische Werte von Erich Vontobel.



Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

In einer Demokratie sollte ein offener Diskurs dazu dienen, Fakten sichtbar zu machen und der Wahrheit Raum zu geben. Doch immer öfter findet dieser Diskurs gar nicht mehr statt. Stattdessen wird zunehmend festgelegt, was als wahr zu gelten hat. Wer davon abweicht, wird nicht widerlegt, sondern moralisch disqualifiziert. Dieses Phänomen hat einen Namen: Deutungshoheit. Deutungshoheit bedeutet: Eine Gruppe definiert die Begriffe, setzt die Massstäbe und bestimmt, was sagbar ist.

Gefahr des Deutungsmonopols

In unserer Gesellschaft wird diese Rolle zunehmend von Teilen von Nichtregierungsorganisationen (NGO), Medien und akademischen Kreisen beansprucht. Viele dieser Akteure leisten wertvolle Arbeit. Doch wenn ideologische Positionen als all-

gemeingültige Wahrheiten dargestellt werden und einzelne Akteure festlegen, was «Hass» oder «Desinformation» ist, kann ein Deutungsmonopol entstehen. Und ein solches Monopol ist – egal, von welcher Seite – problematisch, weil es sich demokratischer Kontrolle entzieht. Der Wiener Psychiater Raphael Bonelli beschreibt es treffend: Die Deutung der Wirklichkeit entfernt sich immer weiter von der Wirklichkeit. Potemkinsche Dörfer – schöne Fassaden, hinter denen nichts steckt. Es zählt nicht mehr, was wahr ist, sondern, was wahr sein soll.

Etiketten statt Argumente

Gläubigen Konservativen wird oft Dogmatismus vorgeworfen, also starres und unbewegliches Denken. Weil sie an Gott glauben, gelten sie als unflexibel oder ideologisch festgelegt. Doch Hand aufs Herz: Haben nicht auch progressive Kreise längst ihre eigenen Glaubenssätze entwickelt? Wer kontrollierte Zuwanderung fordert, gilt rasch als «fremdenfeindlich». Wer die Kernfamilie stärkt, als «rückständig». Wer auf biologische Tatsachen hinweist, gilt rasch als «transphob». Solche Etiketten ersetzen die sachliche Auseinandersetzung mit Argumenten.

Doch zwischen gläubigen Konservativen und vielen progressiven Aktivisten gibt es einen wesentlichen Unterschied: Gläubige Konservative stehen offen zu ihren Überzeugungen. Sie sagen: Wir leben so, Ihr dürft anders. Schwierig wird es, wenn verlangt wird, dass alle gleich denken müssen. Die Schweiz lebt von unterschiedlichen Meinungen. Dieses Erfolgsmodell verdient es, dass wir einander wieder zuhören – auch dann, wenn es unbequem ist. Denn Demokratie heisst nicht, dass am Ende alle gleich denken, sondern, dass alle denken und sagen dürfen, wovon sie überzeugt sind. Wahrheit braucht weder Denk- noch Sprachverbote. ●

WINIGER STEIN AG
STEINMETZ- & BILDHAUERATELIER

- Grabmalkunst
- Renovationen
- Brunnen
- Marmor- / Natursteinböden
- Tische
- Skulpturen

Rütistrasse 47 | 8634 Hombrechtikon | 055 244 14 54
info@winiger-stein.ch | winiger-stein.ch

Israel liebende Familie
SUCHT
Wohnung oder Haus
in Israel zu kaufen



079 783 98 28
israel-freunde@gmx.ch

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU SG: Achtungserfolg gegen Kita-Gesetz

Die EDU Kanton St. Gallen engagierte sich zusammen mit EDU-Kantonsrat Heinz Herzog an vorderster Front gegen ein Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung. Statt immer mehr teure Fremdbetreuungsangebote einzurichten, setzt sich die EDU für Massnahmen ein, um Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, Wertschätzung entgegenzubringen und finanzielle Entlastungen ohne weitere Ausgaben zu ermöglichen. Leider wurde das «Kita-Gesetz» am 14. Juni 2026 im Kanton St. Gallen mit einem Ja-Anteil von 57,8 % angenommen. Einzig im Wahlkreis Toggenburg resultierte eine Nein-Mehrheit von 52,8 %. Auch wenn, das Referendum letztlich keine Mehrheit im Volk fand, war die Zustimmung für die EDU dennoch ein Achtungserfolg.



Spezieller Besuch im Bundeshaus

In der Sommersession hat uns **Richard Wiskin** (ein in der Schweiz lebender Kanadier) im Bundeshaus besucht. Das hat uns besonders gefreut und Erinnerungen an seine vielbeachteten Vorträge zu Schöpfung, Evolution und Sintflut geweckt.
Nationalrat Erich Vontobel

VÜPF: Auf leisen Sohlen zum Überwachungsstaat?

Das Justizdepartement unter Bundesrat Beat Jans hat einen Entwurf für eine neue Verordnung namens «VÜPF» erarbeitet. Dieses sperrige Kürzel steht für Verordnung über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und dahinter verbergen sich Massnahmen, welche die Privatsphäre der Schweizer Bevölkerung auf ungerechtfertigte Weise einschränken sollen. Geplant ist demnach laut einem Bericht der «Republik» vom 7. Mai 2026, dass kleine E-Mail-Anbieter, Messenger-Dienste und VPN-Anbieter verpflichtet werden sollen, alle Nutzer zu identifizieren, IP-Adressen und Verbindungsdaten sechs Monate lang zu speichern und die eigene Verschlüsselung so umzubauen, dass der Staat mitlesen kann. Damit wäre die Schweiz auf dem besten Weg direkt in den Überwachungsstaat. Dagegen ist Widerstand nötig. *Quellen: republik.ch, citizengo.org*

Transparente Moscheefinanzierung schafft Vertrauen

Das Egerkinger Komitee hat über ihre Nationalräte Therese Schläpfer und Thomas Knutti in der Sommersession 2026 mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht, die darauf abzielen, die Einflussnahme des politischen Islam in der Schweiz zurückzudrängen. Einer der Vorstösse will beispielsweise den Bundesrat verpflichten, bei Moscheen und islamischen Zentren die vollständige Offenlegung der Finanzierung – auch aus dem Ausland – zur Bedingung für jede Bewilligung zu machen. Begründet wird dies mit dem wachsenden Einfluss ausländischer Staatsapparate wie die staatliche türkische Religionsbehörde Diyanet oder die Golfstaaten auf Muslime in der Schweiz. Parteien, Stiftungen und Parlamentsmitglieder müssen sich in der Schweiz bei Finanzierungsfragen längst an Transparenzrichtlinien halten. Das gleiche soll auf für islamistische Finanzströme gelten.

Weitere Infos: www.egerkingerkomitee.ch/aktuell

Bergkarabach: Das Parlament fordert Handeln – der Bundesrat blockiert

In der Juni-Ausgabe des EDU-Standpunkts berichtete ich über die Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach. Das Parlament hat den Bundesrat mit der Motion 24.4259 beauftragt, einen offenen Dialog zwischen Aserbaidschan und den Vertretern der vertriebenen Bergkarabach-Armenier zu ermöglichen. Seit meinem Bericht haben die Wahlen in Armenien sowie neue Entwicklungen in Bern die Diskussion erneut in den Fokus gerückt.



Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Am 7. Juni fanden in Armenien Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Nikol Paschinjan konnte seine Mehrheit behaupten. Viele westliche Medien feierten das Resultat als Sieg seines proeuropäischen Kurses. Für die aus Bergkarabach vertriebenen Armenier wirft das Resultat jedoch schwierige Fragen auf. Paschinjan setzt auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Aserbaidschan und zur Türkei. Seine wiederholten Signale, die Karabach-Frage sei abgeschlossen, stehen in deutlichem Kontrast zu den Forderungen der Vertriebenen, die weiterhin auf ihr Rückkehrrecht pochen. Auch die internationale Anerkennung des Völkermords an den Armeniern von 1915 droht unter diesem Kurs an Bedeutung zu verlieren.

Der Wunsch nach Frieden ist verständlich. Doch Frieden darf nicht bedeuten, dass die Rechte der Vertriebenen geopfert werden. Wer Frieden auf Kosten von Wahrheit und Gerechtigkeit sucht, schafft keinen dauerhaften Frieden.

Vertriebene nicht vergessen

Anlässlich der Fragestunde mit dem Bundesrat in der Sommersession fragte ich Aussenminister



Bild: Erich Vontobel

Ignazio Cassis, weshalb die Schweiz den Auftrag des Parlaments nicht umsetzt. Seine Antwort lautet, die Schweiz anerkenne Bergkarabach nicht als staatliche Entität und unterhalte deshalb keine Kontakte zu dessen Vertretern. Diese Begründung überzeugt nicht. Der Bundesrat verweist regelmässig darauf, dass Aserbaidschan und Armenien kein Interesse an einem solchen Friedensforum hätten. Doch die Motion verlangt ausdrücklich einen Dialog zwischen Aserbaidschan und den Vertretern der Bergkarabach-Armenier.

Umso erstaunlicher ist es, dass der Bundesrat zwar erklärt, was Baku und Jerewan wollen oder nicht wollen, gleichzeitig aber nicht mit denjenigen spricht, die gemäss Motion an den Verhandlungstisch gehören. Das ist ein schlechtes Signal an die gewaltsam Vertriebenen.

Neuer Vorstoss eingereicht

Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (Die Mitte, SO) reichte deshalb am 19. Juni eine Interpellation (26.3881) ein, die ich mitunterstützt habe. Sie fragt unter anderem, weshalb der Bundesrat den fehlenden Dialog mit den Vertretern Bergkarabachs mit deren fehlender Staatlichkeit begründet, obwohl die Schweiz in anderen Konflikten durchaus Gespräche mit nichtstaatlichen Akteuren geführt hat.

Für uns bleibt klar: Die Vertriebenen von Bergkarabach dürfen nicht vergessen werden. Ihr Recht auf Rückkehr besteht weiterhin. Die Schweiz sollte den Auftrag des Parlaments endlich umsetzen und den Dialog mit den Vertretern der Bergkarabach-Armenier aufnehmen. ●

Dein Sport- und Freizeitanbieter.

eljah

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

KRISEN WIRTSCHAFT
Ihr Geschenk

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

Christlicher Hilfsbund im Orient

Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.

www.hilfsbund.ch

RE/MAX

Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

Die grosse Geschichte des Vaters

Für alle, die es wissen wollen.
www.ARCHA.ch

Los Lorentes Residences

loslorentes.com

GTA TREUHAND

Buchführung
Steuerberatung
Lohnadministration
Startups

www.gta-treuhand.ch

Huwa
seit 1911

www.huwa.ch | 062 773 11 70
Zetzliwilstrasse 694 | 5728 Gontenschwil

Follow us on social media!

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

E. + W. BERTSCHI AG
Ihr Fachmann seit 1914

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

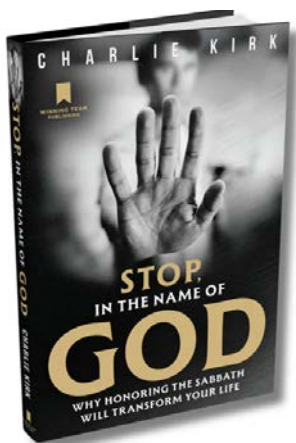
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

Ruhetag mit Jesus!

Charlie Kirk (1993-2025), Autor, Podcaster und Märtyrer, war einer der beiden Gründer von «Turning Point USA» mit 1'000 Angestellten und einem Bedarf von 100 Millionen Dollar Spendengeldern jährlich. In seinem posthum erschienenen Buch «Stop, in the Name of God» erklärt er seine christliche Weltanschauung und verteidigt sie gegen moderne Einwände.



Charlie Kirk, *Stop, in the Name of God: Why Honoring the Sabbath Will Transform Your Life*.
Lewes: Winning Publishing, 2025.
ISBN 979-8-218-77792-0

Die Bibel hat den Westen geformt (vgl. S. XVIII), deswegen ermutigt er zum Bibel lesen (vgl. S. XIV). Der Hauptteil bietet einerseits einige Auslegungen von Bibelstellen zum Sabbat und andererseits eine Kritik von zeitgenössischen Ideologien. So wendet er sich gegen Coronamassnahmen (vgl. S. 102), den Sozialismus (vgl. S. 166), die heidnische Ersatzreligion der Mutter Erde (vgl. S. 88), den Antirassismus (vgl. S. 84), den Materialismus (vgl. S. 105) sowie den Paternalismus: «Wenn der Staat zum Götzen wird, verlangt er absolute Loyalität. Er verlangt die Opferung des Gewissens, der Freiheit und der Wahrheit» (vgl. S. 112). Zudem bietet er jeweils zehn Gründe Pro und Contra den Ruhetag (vgl. S. 196-216).

Einzige Wermutstropfen sind erstens die fehlenden Quellenangaben, zweitens einige theologische Ungenauigkeiten – der Atheismus ist kein «relativ neues Phänomen» (vgl. S. 20 mit Ps. 14,1), sowie drittens der Umstand, dass Jesus u.a. getötet wurde, weil er den «Sabbat aufhob» (Joh. 5,18). Jesus ist wichtiger als der Ruhetag! Wenn wir Jesus ehren, verändert sich unser Leben! Trotzdem liefert Kirk eine treffende Kritik der zeitgenössischen amerikanischen Kultur, die bald auch für uns in Europa prophetisch werden könnte: «Die Zukunft hängt davon ab, ob wir weiterhin glauben, was die antike Welt einst entdeckte: Dass es einen einzigen Gott gibt, der dich erschaffen hat, dich liebt und mit dir ausruhen will» (S. 28-29).

Pfarrer Michael Freiburghaus, Pfarrer in Leutwil und Dürrenäsch

Angebote und Termine

Marktplatz

SUCHEN IMMOBILIEN

Familie mit kleinen Kindern sucht seit langem ein **Haus oder eine Wohnung ab 4.5 Zimmer mit Garten in der weiteren Region Bern-Spiez**. Gerne würden wir ein gepflegtes Zuhause mit viel Sorgfalt weiterführen. Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme per WhatsApp/Tel. 079 299 24 41

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.–, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

Babyfinkli, selbst gestrickt, in verschiedenen Farben für CHF 10.00 plus Porto und Verpackung. Fotos der Babyfinkli kann zugesehen werden. Bestellung per Mail: aschultze@bluewin.ch

VERMIETEN

Studio in Thun Allmendingen, ab sofort oder nach Vereinbarung: Schöne neuwertige Küche, Dusche/WC, Waschmaschine, grosse Wandschränke, grosser Balkon zur Mitbenutzung (Abendsonne). CHF 1100.– plus NK 150.– (verhandelbar). Tel. 033 336 60 13

Erleben Sie den Sommer in Gunten! Studio mit Balkon und Privatpark/Liegewiese am See; PP/AEH, ÖV 2 Min., CHF 450.–/W. K: 079 411 00 10, sii-am-see@bluewin.ch

Ferien, Auszeit, geniessen – in der Alphütte in Teuffenthal, in ruhiger Lage mit Hotpot. Infos: www.weichel.ch, 079 723 03 20

Hübsch eingerichtete 2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee, ideal bis 2 Pers. ged. Sitzplatz, PP vor dem Haus, ÖV 2 Min. Genial für Spaziergänge, Wandern, Velofahren, Baden, usw. Preis inkl. PP, WLAN, TV, RADIO, Bettwäsche usw. K: 078 666 36 51

Meer und Sonne in Spanien geniessen. Neue, modern eingerichtete 3-Zi.-Ferienwohnung mit zwei Badezimmern, Nähe Alicante. Herrlicher Blick aufs Meer von Balkon und Terrasse mit eigenem Whirlpool. Whg an erhöhter Lage in Überbauung mit Pool. Einkauf und Strand in Gehdistanz. Infos: www.ga22.ch, 079 751 04 57

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2–4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauszugang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

SUCHEN

Mofa für den Weg zur Lehrstelle gesucht. Bitte WhatsApp schreiben: Tel. 076 200 99 14

STELLENSuche

Pflegerin (FASRK) bietet private Betreuung für Patienten, Senioren, Mitmenschen mit Behinderung, Demenz, an. Oder wünschen Sie Mitarbeit im Haushalt, und wohnen Sie in der Region St. Gallen – Gossau SG- Flawil – Uzwil – Wil SG? Tel. 071 393 53 82

VERSCHENKEN

Christliche und klassische Schallplatten sowie ein gut erhaltenes Spinnrad. Beides müsste Nähe Aarau abgeholt werden. Tel. 062 842 25 37

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erbbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Würenlos AG: jeden zweiten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr, Lättenstrasse 8: **Gebet** bei M. Suter. K: 079 825 44 05

Heiden AR: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: **EDU-Gebet**. K: 077 520 48 73

Männedorf ZH: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30–10.00 Uhr, Luegislandstrasse 27: **EDU-Gebet**. K: 044 920 45 43

Biel BE: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: **EDU-Gebet**. K: 032 365 42 53

Dietikon ZH: jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Silbern Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: www.israel-gebetstreffen.ch

Herisau AR: **EDU-Fürbittegebet**, Datum auf Anfrage. K: E. Winteler, 071 351 33 56

Brugg AG: 19.30–20.30 Uhr. **Gebetsabend für die EDU**, jeweils am letzten Mittwoch im Monat, Tel. 079 635 89 17

3.7./14.8. Eschlikon TG: ab 19.30 Uhr, Rest. Post, Bahnhofstrasse 7: **EDU-Treff**. Keine Anmeldung – einfach dabei sein. K: www.edu-tg.ch

10.7./24.7./7.8./21.8. Schöftland AG: Feldackerstrasse 7: EDU **Fürbitte-Gebete für die Nation**. Tel. 079 864 41 96

13.7./27.7./10.8./24.8. Bülach ZH: 20.00–21.00 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: **Fürbitte-Gebet**. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

25.7./29.8. Wil SG: EDU **bi dä Lüt:** Jeden letzten Samstagmorgen im Monat, ab 10.00 Uhr, Marcos Kafiwerk, Bronschhoferstrasse 44, 9500 Wil. K: H. Höpli, 079 407 08 35

13.8. Schaffhausen: Mitglieder-versammlung. Weitere Infos: www.edu-sh.ch

27.8. oder 3.9. Schaffhausen: Gebet und Grillieren. Je nach Wetter findet der Anlass am 3. September 2026 statt. Bitte auf www.edu-sh.ch informieren.

28.8. Schmerikon SG: 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Bahnhofstrasse 1, Rest. Seehof: **Vortrag mit Ulrich Schlüer zum Thema «Neutralität»** umrahmt vom Jodelchörl Gottvertrauen. Veranstaltung der EDU Kreispartei See-Gaster. K: www.edu-sg.ch

Rotkreuz ZG: Restaurant Revive, Lettenstrasse 7: ICCC (Internationale Christliche Handelskammer Schweiz)-**Seminarreihe «Transformed Working Life»**, 9.00–10.00 Uhr: Frühstück, 10.00–12.00 Uhr: Meeting und Gebet. Unkostenbeitrag: CHF 50.–. **19.9.** Verwalterschaft **17.10.** Dienende Führung Zusammenarbeit EDU Kanton Zug und ICCC Schweiz. Anmeldung: www.edu-kanton-zug.ch/kontakt

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

18.–25.7. Familienfreizeit: «Der Name ist Programm – Was wir von den Propheten des AT lernen können!», mit David Warkentin und Team, mit Kinderbetreuung (0–12 Jahre) und separatem Teenie-Programm (13–19 Jahre)

25.7.–1.8. Familienfreizeit: «**Gottes Geschichte mit den Menschen – der rote Faden der Bibel**», mit Jonathan Moll und Team, mit Kinderbetreuung (0–12 Jahre) und separatem Teenie-Programm (13–19 Jahre) **2.–7.8.** Sommerakademie: 23 spannende Lektionen zu den Themen: «Bibel und Wunder», «Bibel und Zeitgeist», «Moderne Kirchenströmungen», «Vom Mythos zur Realität»

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

8.–15.8. Familienfreizeit: «Die befreiende Kraft der Vergebung», mit Andreas Maul und Team, mit Kinderbetreuung (0–12 Jahre) und separatem Teenie-Programm (13–19 Jahre) K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Endzeit-Konferenz Schweiz und Österreich

22.–26.7. Pension Missionshaus Alpenblick, Scherbstrasse 12, 9633 Hemberg. Vorträge zu verschiedenen Themen: «Diktatur Europa?», «Die Lehre von den letzten Dingen», «Wo finden wir wahre Freiheit?» u.v.m.; mit Lothar Gassmann und weiteren Referenten. Anmeldung: info@missionshaus-alpenblick.com, 071 377 15 85,

Seebüel Davos GR

26.9.–3.10. Wanderwoche und Andachten «...nach dem Herzen Gottes?!» mit Heidi & Stefan Dollenmeier. K: 081 410 10 20

Kontakt:

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Marktplatz-Tarife

	gratis
Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 1011, 3601 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

Der «EDU-Standpunkt»
09/2026 wird am
24. August 2026
versendet.

Redaktionschluss:
7. August 2026
Druck: 19. August 2026

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 1011
 3601 Thun Aarezentrum

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Bruno Zürcher, Karin Hirschi, Lisa Leisi

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: shutterstock
 7, 8, 10, 13, 19: Adobe Stock
 9: edk.ch/de/dokumentation
 12: shutterstock)

Kopfbilder, 3, 4, 5, 15: zvg

45. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 19 100 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 3600 Thun
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.-/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MWST)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.



Tiefsinnige Betrachtung unserer Nationalhymne

Es ist nur zum Staunen, welche Worte Leonhard Widmer 1840 für den allmächtigen Gott fand: Hoherhabener, Herrlicher, Menschenfreundlicher, Liebender, unergründlich Ewiger, allmächtig Waltender, Rettender.

Seh ich den Menschenfreundlichen am Morgen? Wenn ich IHN auch im Nebel suche, finde ich IHN am Abend! Und dann ist ER mir selbst Hort und Wehr im grossen Strum. Eine Steigerung ist auch zu finden: Eure fromme Seele ahnt, denn (nur) die fromme Seele ahnt, und die fromme Seele ahnt, JA die fromme Seele ahnt. Mögen noch viele Schweizer am 1. August von Herzen in unsere kostbare Landeshymne einstimmen!

**SCHLUSS
PUNKT**

Trittst im Morgenrot daher, Seh' ich dich im Strahlenmeer, Dich, du Hoherhabener, Herrlicher! Wenn der Alpenfirn sich rötet, Betet, freie Schweizer, betet! Eure fromme Seele ahnt Eure fromme Seele ahnt Gott im hehren Vaterland, Gott, den Herrn, im hehren Vaterland.

Kommst im Abendglühn daher, Find' ich dich im Sternenheer, Dich, du Menschenfreundlicher, Liebender! In des Himmels lichten Räumen kann ich froh und selig träumen! Denn die fromme Seele ahnt, Denn die fromme Seele ahnt Gott im hehren Vaterland, Gott, den Herrn, im hehren Vaterland.

Ziehst im Nebelflor daher, Such' ich dich im Wolkenmeer, Dich, du Unergründlicher, Ewiger! Aus dem grauen Luftgebilde tritt die Sonne klar und milde, Und die fromme Seele ahnt Und die fromme Seele ahnt Gott im hehren Vaterland, Gott, den Herrn, im hehren Vaterland.

Fährst im wilden Sturm daher, Bist du selbst uns Hort und Wehr, Du, allmächtig Waltender, Rettender! In Gewitternacht und Grauen lasst uns kindlich ihm vertrauen! Ja, die fromme Seele ahnt, Ja, die fromme Seele ahnt Gott im hehren Vaterland, Gott, den Herrn, im hehren Vaterland.

Liselotte Pfister, EDU Kanton St. Gallen

Schweizer Schurwoll-Duvet



- **warm im Winter**
- **kühl im Sommer**
- **temperaturregulierend**
- **feuchtigkeitsausgleichend**

Seit 40 Jahren sind wir als Familie als Wollspezialisten für Sie am Ball. Wir verarbeiten das wunderbare Naturprodukt „Schafwolle“ und fertigen Bettdecken in allen Grössen.

In unserem Laden finden Sie alles, was Sie sich aus Wolle vorstellen können: Filzwolle, Wollteppiche und eine grosse Auswahl an Kleidern aus Wolle.

Spycher-Handwerk AG
Schaukarderei / Wollparadies



www.kamele.ch

062 962 11 52

**Bestellen Sie online oder
besuchen Sie uns direkt in Huttwil BE**

עם ישראל חי

Denn bei dir
ist die Quelle
des Lebens,
in deinem Licht
sehen wir
das Licht.

Psalm 36:10

«Am Israel chail»

Das Volk Israel lebt!

Ein Anlass der
israelwerke.ch

**Gebets- und
Solidaritätstag
für Israel**



**Sonntag, 30. August 2026
14.30 – 16.30 Uhr, Bundesplatz Bern**

 **BB Wertmetall®**
Gut zu haben.


Damit Ihr Vermögen erhalten bleibt: Physisches Silber im Schweizer Zollfreilager.


S-Deposito⁺

- ✓ **100 % Reales Silber**
Jährliche Prüfung testiert physisches vorhandenes Silber.
- ✓ **100 % Eigentum**
Das Silbergranulat gehört ausschliesslich Ihnen als Anleger.
- ✓ **100 % Versicherungsschutz**
Ihr Silber wird versichert im Schweizer Zollfreilager verwahrt.
- ✓ **100 % Flexibilität**
Tägliche Ein- und Auszahlungen sind ohne Kündigung möglich.

Aktion zum 10-jährigen Jubiläum: Jetzt mit „EDU426“ als Neukunde bis zum 31.05.26 ein Silberdepot eröffnen und eine Unze Feinsilber geschenkt bekommen.

 s-deposito.swiss

 062 892 48 48

 contact@bb-wertmetall.ch